



Regionalbericht
West- und Zentralafrika

Autokratien auf dem Vormarsch

von Charlotte Heyl

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Der Text und die Abbildungen dieser Publikation sind urheberrechtlich geschützt und lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY-SA 4.0) Lizenz. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>



Das Titelfoto (© PhotoDisc/Gettyimages.com) und die Logos sind ebenfalls urheberrechtlich geschützt, unterfallen aber nicht der genannten CC-Lizenz und dürfen nicht verwendet werden.

DOI 10.11586/2022006

Regionalbericht West- und Zentralafrika

Autokratien auf dem Vormarsch

von Charlotte Heyl*

Überblick zu den Transformationsprozessen in Äquatorialguinea, Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gabun, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kamerun, Demokratische Republik Kongo, Republik Kongo, Liberia, Mali, Mauretanien, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo, Tschad und Zentralafrikanische Republik



Dieser Regionalbericht analysiert die Ergebnisse des Transformationsindex BTI 2022 der Bertelsmann Stiftung im Untersuchungszeitraum vom 1. Februar 2019 bis zum 31. Januar 2021. Weitere Informationen finden Sie unter www.bti-project.org.

Zitiervorschlag: Charlotte Heyl, Autokratien auf dem Vormarsch — BTI-Regionalbericht West- und Zentralafrika, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2022.

* Dr. Charlotte Heyl ist assoziierte Wissenschaftlerin am GIGA Institut für Afrika-Studien und BTI-Regionalkoordinatorin für West- und Zentralafrika.

Einleitung

Die Region West- und Zentralafrika hat sich in allen Bereichen des BTI im Vergleich zu den letzten Jahren negativ entwickelt. Am klarsten ist dieser Trend im Bereich der politischen Transformation, wo sich vier Länder zu Autokratien gewandelt haben. Die autokratischen Tendenzen spiegeln sich auch in der Verschlechterung der Governance-Qualität wider, die vor allem in Guinea und Mali sichtbar ist. Die wirtschaftliche Transformation hat sich hingegen nur leicht negativ entwickelt und dies ist zum größten Teil auf die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie zurückzuführen, unter der insbesondere Länder, deren Wirtschaften stark auf den Export von Öl bauen, gelitten haben.

West- und Zentralafrika ist ein heterogener Raum, in dem sich eine Vielzahl von politischen und wirtschaftlichen Entwicklungspfaden beobachten lassen. Die Teilregion Zentralafrika ist in den letzten Jahrzehnten von langanhaltenden gewaltsamen Konflikten, ölexportierenden Volkswirtschaften und autoritärer Herrschaft geprägt. So war die Demokratische Republik Kongo (DR Kongo) in den 1990er Jahren Schauplatz verschiedener Teilkonflikte, in die Nachbarstaaten wie Uganda und Ruanda tief verwickelt waren. Trotz verschiedener Friedensverträge in den 2000er Jahren sowie der Verfassungsreform und Wahlen im Jahr 2006, schwelen im Osten des Landes weiterhin gewaltsame Konflikte. In der Zentralafrikanischen Republik flammt der Bürgerkrieg seit Beginn der 2000er Jahre regelmäßig auf und Ende 2020 ist der Konflikt erneut eskaliert.

Die Volkswirtschaften in Zentralafrika sind stark auf den Export von natürlichen Ressourcen und insbesondere von Erdöl ausgerichtet. Die Einnahmen aus den Exporten erleichtern es den Machthabenden in der Region ihre autoritäre Herrschaft aufrechtzuerhalten. Denn die Demokratisierungswelle der frühen 1990er Jahre ist an den zentralafrikanischen Staaten weitgehend spurlos vorbei gegangen. Mehrere der dienstältesten Präsidenten des afrikanischen Kontinents leben in Zentralafrika: Teodoro Obiang regiert Äquatorialguinea seit 43 Jahren und Paul Biya ist in Kamerun seit 39 Jahren an der Macht. Der Tod des tschadischen Präsidenten Idriss Déby im April 2021 hat daher fast symbolischen Charakter für die Region. Nach 30 Jahren an der Macht starb Déby im Alter von 68 Jahren überraschend bei einem Truppenbesuch. Die darauffolgende Einsetzung von Débys Sohn Mahamat als Interimspräsident missachtete die Nachfolgeregelungen der Verfassung.

Das Bild von Demokratisierung und wirtschaftlicher Entwicklung ist in Westafrika diverser und enthält mehr Lichtblicke. Die Demokratisierungswelle der frühen 1990er Jahre hat hier wesentlich dauerhaftere Wirkung entfaltet. So sind Ghana und Senegal mittlerweile vergleichsweise stabile Demokratien geworden. Auch Sierra Leone und Liberia, die in den 1990er Jahren unter Bürgerkriegen litten, haben sich in den letzten Jahren trotz Herausforderungen wie der Ebola-Krise zu Demokratien entwickelt. Benin galt lange als Beispiel einer Demokratie, die trotz der widrigen Ausgangsbedingungen geringer sozioökonomischer Entwicklung und einem Erbe politischer Instabilität Wurzeln geschlagen hat. In den letzten Jahren sind diese Errungenschaften aber durch umstrittene Reformen in Gefahr geraten.

Eine der größten Herausforderungen für die Region ist in den letzten zehn Jahren die Ausbreitung islamistischer Terrorgruppen und die massive Verschlechterung der Sicherheitslage in der Sahelzone. Seit dem Zusammenbruch des Gaddafi-Regimes in Libyen im Jahr 2011 und dem Militärputsch in Mali 2012 konnten sie sich im Sahel ausbreiten und Allianzen mit lokalen Gruppen schmieden. Die Interventionen, unter anderem von UN-, französischen und G5-Sahel-Truppen, konnten bisher keine dauerhafte Beruhigung der Sicherheitslage erreichen. Seit 2017 hat sich die Situation in Mali wieder drastisch verschlechtert und die Konflikte haben massiv auf die Nachbarstaaten Burkina Faso und Niger übergegriffen.

West- und Zentralafrika hat das erste Jahr der COVID-19-Pandemie auf gesundheitlicher Ebene besser überstanden als zunächst angenommen. Zu Beginn der Pandemie war vorausgesagt worden, dass diese auf dem gesamten Kontinent verheerende Folgen haben würde und zum Aufflammen neuer Konflikte und großer Hungersnöte führen würde. Für Burkina Faso wurde geschätzt, dass elf Atemgeräte für eine Bevölkerung von 20 Millionen Menschen zur Verfügung stehen. Solche Schätzungen ließen eine massive Überforderung der Gesundheitssysteme befürchten. Ende Februar 2020 wurde in Nigeria der erste COVID-19-Fall in der Region registriert und Infektionen in weiteren Ländern folgten. Bis März 2021 hatten sich nach offiziellen Angaben jedoch lediglich 412 178 Menschen in Westafrika mit COVID-19 infiziert und 5 363 Menschen waren daran gestorben. Diese Zahlen müssen jedoch mit Vorsicht genossen werden, weil sich Testkapazitäten und -strategien in der Region unterscheiden und die Todesfälle nur unvollständig erfasst sind. Nichtsdestotrotz gibt es Hinweise darauf, dass nicht nur die Infektionsraten, sondern auch die Sterblichkeitsraten in der Region geringer sind als erwartet. Dies wird unter anderem auf den wesentlich geringeren Altersdurchschnitt der Bevölkerung und eine geringere Verbreitung von Risikofaktoren wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Übergewicht zurückgeführt. Darüber hinaus hatte West- und Zentralafrika aber auch einen Erfahrungsvorsprung mit Epidemien. Beim Ebola-Ausbruch 2014 in Guinea, Liberia und Sierra Leone infizierten sich 28 625 Menschen mit der Krankheit und 11 325 starben daran. Die DR Kongo war seit 2018 ebenfalls wiederholt von Ebola-Ausbrüchen betroffen. Diese Vorerfahrungen führten dazu, dass die meisten Länder in der Region sehr schnell Präventionsmaßnahmen wie die Einstellung des internationalen Flugverkehrs, Beschränkungen öffentlicher Versammlungen oder Schulschließungen erließen. Durch die Ebola-Epidemie waren außerdem institutionelle Strukturen auf Ebene der westafrikanischen regionalen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS und der Afrikanischen Union geschaffen worden, die die Koordination in der Pandemie erleichtern. So trafen sich bereits Mitte Februar 2020 die Gesundheitsminister aller 15 ECOWAS-Länder, um ein gemeinsames Vorgehen zu besprechen und potenzielle Finanzierungsquellen der Maßnahmen zu aktivieren.

Ökonomische Konsequenzen der Pandemie sind in West- und Zentralafrika dennoch spürbar. Globale wirtschaftliche Folgen wie der Fall des Ölpreises und der Rückgang des Tourismus haben sich auf das Wirtschaftswachstum in der Region negativ ausgewirkt. Arbeitslosigkeit im globalen Norden führt zu sinkenden Überweisungen dort lebender Migranten. Der Großteil der Bevölkerung in West- und Zentralafrika arbeitet im informellen Sektor und wurde nur wenig vor den wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Präventionsmaßnahmen geschützt.

Politische Transformation

In der Region West- und Zentralafrika lässt sich derzeit ein klarer Trend zur Autokratisierung beobachten. Vier westafrikanische Länder haben sich im Beobachtungszeitraum zu gemäßigten Autokratien entwickelt: Côte d'Ivoire, Guinea, Mali und Nigeria. Damit ist nun die Mehrheit der Länder (13 von 22) in West- und Zentralafrika dem autokratischen Spektrum zuzurechnen. Insgesamt befindet sich die Region nun auf einem ähnlich niedrigen durchschnittlichen Demokratielevel wie zuletzt vom BTI 2010 verzeichnet. Noch besorgniserregender ist, dass sich die Demokratie in einem der demokratischsten Länder in der Region – Benin – in einem Erosionsprozess befindet. Dort hat sich insbesondere die Qualität der Wahlen verschlechtert.

Die Autokratisierung in West- und Zentralafrika zeigt sich sowohl im klassischen Gewand des Militärputschs als auch an langsameren Prozessen des schwindenden Respekts für demokratische Institutionen und Rechte. In Mali hat der Militärputsch im August 2020 das Land erneut zu einer Autokratie gemacht. Ihm waren Monate der Proteste vorausgegangen. Zunächst richteten sich diese gegen Ungeheimheiten bei dem Ergebnis der Parlamentswahlen, im Laufe der Monate steigerten sie sich aber zu Rücktrittsforderungen gegen den damaligen Präsidenten Ibrahim Boubacar Keïta. Neben Korruption und Vetternwirtschaft wurde ihm vor allem vorgeworfen, dass er keine Lösung für die sich zuspitzende

Sicherheitskrise lieferte. Auf Druck von ECOWAS übergaben die Putschisten die Macht an eine Übergangsregierung, die neue Wahlen organisieren sollte. Diese wurde aber bereits im Mai 2021 von einem erneuten Putsch ihrer Macht entzogen.

Tab. 1: Entwicklungsstand der politischen Transformation

sich konsolidierende Demokratien	defekte Demokratien	stark defekte Demokratien	gemäßigte Autokratien	harte Autokratien
Werte 10 bis 8	Werte < 8 bis 6	Werte < 6	Werte ≥ 4	Werte < 4
Ghana ▲	Gambia	Niger ▼	Togo	Kongo, DR ●
	Benin	Burkina Faso ▼	Guinea ▼	Kamerun
	Senegal	Guinea-Bissau ▼	Côte d'Ivoire ▼	Zentralafrikanische Rep. ●
	Liberia		Gabun	Kongo, Rep.
	Sierra Leone		Mauretanien	Tschad
			Mali ▼	Äquatorialguinea
			Nigeria ▼	

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2022. Die Länder sind entsprechend ihrer Systemkategorisierung und der Bewertung des politischen Transformationsstands angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2020, Punkte bezeichnen zerfallende Staaten.

Umstrittene Wahlen und Umgehungen von präsidentiellen Amtszeitbeschränkungen haben die Autokratisierungstendenzen in Benin, Côte d'Ivoire, Guinea und Nigeria vorangetrieben. Die Parlamentswahlen 2019 in Benin und die allgemeinen Wahlen 2019 in Nigeria waren beide aus unterschiedlichen Gründen hoch umstritten. In Benin hatte Präsident Patrice Talon eine Reform des Wahlgesetzes angestoßen, die hohe Gebühren für die Zulassung bei der Wahl und hohe Hürden für den Einzug von Parteien und Parteilianzen in das Parlament festlegte. Sie müssen seither 10% der Wählerstimmen gewinnen, um in das Parlament einziehen zu können. Diese neuen Regelungen stellten die zersplitterte Parteienlandschaft Benins vor große Herausforderungen und die Oppositionsparteien boykottierten letztlich aus Protest die Parlamentswahlen. Dies führte zu einem „einfarbigem“ Parlament, das Präsident Talon ohne Widerspruch unterstützt. Vor den Präsidentschaftswahlen im April 2021 wurden mehrere aussichtsreiche Kandidaten der Opposition von der Wahl ausgeschlossen und Talon gewann seine zweite Amtszeit mit 86% der Stimmen, obwohl er ursprünglich versprochen hatte, nur für eine Amtszeit zu regieren.

In Nigeria hatten ebenfalls bereits Ereignisse im Vorfeld der Wahlen das Misstrauen der Bürger:innen in den Wahlprozess geschürt. Amtsinhaber Muhammadu Buhari hatte wenige Wochen vor der Wahl den obersten Bundesrichter seines Amtes enthoben. Dies war problematisch, weil der oberste Gerichtshof über Wahlanfechtungen entscheidet. Außerdem wurden die Wahlen nur wenige Stunden vor dem eigentlichen Wahltag überraschend um eine Woche verschoben. Die Opposition sah darin einen Versuch die Wahlen zu manipulieren und kritisierte zudem die starke Präsenz von Sicherheitsbeamten am Wahltag, die zur Einschüchterung der Bevölkerung beigetragen habe. Buhari gewann letztlich die Wahl, sein Herausforderer Atiku Abubakar erkannte das Ergebnis jedoch nicht an.

Die Präsidentschaftswahlen in Côte d'Ivoire und Guinea im Oktober 2020 waren ebenfalls stark umstritten. Im Vordergrund stand dabei aber die Kontroverse um eine weitere demokratische Regel – die präsidentielle Amtszeitbeschränkung. Die Beschränkung der erlaubten Anzahl von Mandaten im Präsidentenamt soll in der Theorie politischen Wettbewerb fördern, weil Machtwechsel wahrscheinlicher werden, wenn Amtsinhaber nicht zur Wahl antreten und von ihrem Amtsbonus zehren. Zudem sollen sie der Personalisierung von Macht vorbeugend entgegenwirken, weil durch den häufigeren Wechsel im Präsidentenamt persönliche Machtnetzwerke nicht unbegrenzt wachsen und vertieft werden können.

In West- und Zentralafrika haben die meisten Länder in den 1990er Jahren in ihren Verfassungen die Anzahl der präsidentiellen Amtszeiten auf zwei begrenzt. Seitdem steigt die Spannung, wenn ein Präsident das Ende seiner zweiten Amtszeit erreicht. Tatsächlich gibt es in der Region einige positive

Beispiele, in denen die Amtszeitbeschränkungen bereits respektiert wurden, zum Beispiel in Liberia, Mali, Nigeria und Sierra Leone. In Benin und Ghana geschah dies sogar schon mehrfach. Allerdings gibt es auch viele Länder, in denen die Amtszeitbeschränkungen entweder wieder abgeschafft oder umgangen wurden, wie in Burkina Faso, Gabun oder Tschad. Zugleich wurden in den meisten Ländern die Amtszeitbeschränkungen im Laufe der Zeit wieder eingeführt, sodass 2021 nur drei Länder in der Region die Amtszeit ihrer Präsidenten nicht beschränken: Gabun, Kamerun und Gambia. Zuletzt wurde in Togo 2019 nach monatelangen Protesten von Opposition und Zivilgesellschaft eine Amtszeitbeschränkung wiedereingeführt. Allerdings wird diese zunächst folgenlos für den Amtsinhaber Faure Gnassingbé sein, der das Land seit 2005 regiert und aufgrund einer Übergangsklausel noch für zwei weitere Amtszeiten regieren kann.

In Côte d'Ivoire und in Guinea traten die Amtsinhaber Alassane Ouattara und Alpha Condé 2020 für eine dritte Amtszeit an. Während Condé diesen Schritt schon länger vorbereitet hatte, sah es bei Ouattara so, als würde er sich zurückziehen. Drei Monate vor der Wahl starb jedoch überraschend der designierte Präsidentschaftskandidat von Ouattaras Partei, Amadou Gon Coulibaly, und Ouattara verkündete daraufhin doch zur Wahl anzutreten. In beiden Ländern wurde die Amtszeitbeschränkung an sich nicht abgeschafft, aber die Präsidenten argumentierten mit Unterstützung der Gerichte, dass sie aufgrund von vorherigen Verfassungsänderungen ihre maximale Anzahl von Amtszeiten noch nicht ausgeschöpft hätten.

Die Opposition und Zivilgesellschaft reagierten auf die Entscheidungen von Ouattara und Condé für eine dritte Amtszeit zu kandidieren mit starken Protesten. In Côte d'Ivoire versuchte die Regierung die Proteste weitgehend zu verbieten, indem sie auf die Einschränkungen der Versammlungsfreiheit aufgrund der COVID-19-Regeln verwies. In Guinea hatten die Proteste bereits im Oktober 2019 begonnen und die guineischen Sicherheitskräfte reagierten häufig mit Gewalt. Zwischen Oktober 2019 und März 2020 wurden mindestens 36 Demonstrant:innen von Sicherheitskräften getötet.

In zwei Ländern in der Region wurde im Beobachtungszeitraum die präsidentielle Amtszeitbeschränkung das erste Mal geachtet: in Mauretanien und Niger. In Niger sah Mahamadou Issoufou im Dezember 2020 von einer dritten Kandidatur ab und sein designierter Nachfolger Mohamed Bazoum gewann die Wahl im zweiten Wahlgang im Februar 2021. Issoufou erhielt daraufhin den Mo Ibrahim Preis für herausragende Regierungsleistungen. Der Preis wird nur selten vergeben, weil die Respektierung der Amtszeitbeschränkungen eine wichtige Bedingung ist, die häufig nicht erfüllt wird. In Mauretanien hatte Mohamed Ould Abdel Aziz bereits bei der Wahl 2019 das Feld seinem Nachfolger Mohamed Ould Ghazouani überlassen. Dies stellt in der moderaten Autokratie Mauretanien eine beachtliche Entwicklung dar, da in der Vergangenheit das höchste Amt im Staat stets durch Putsche und nicht durch Wahlen erlangt wurde. Zugleich führt Ould Ghazouani die Tradition in Mauretanien fort, dass das höchste Amt im Staat durch hochrangige Militärs kontrolliert wird. In Mauretanien und Niger haben sich also die Personalien im Präsidentenamt nach zwei Amtszeiten geändert, die jeweilige Regierungspartei ist aber an der Macht geblieben. Es könnte sich also ein ähnliches Szenario wie in Mosambik oder Tansania entwickeln, wo der Machtwechsel im Präsidentenamt nach zwei Amtszeiten bei gleichzeitiger Kontinuität der Regierungspartei fest verankert ist. In Mauretanien hat sich der neue Präsident Ghazouani mittlerweile erfolgreich von seinem Vorgänger emanzipiert. Die Regierungspartei hat eine Untersuchungskommission eingesetzt und dabei die tiefe Verwicklung Aziz in Korruptionsaffären in Fischerei- und Landgeschäften aufgedeckt. Aziz wurde verhaftet und ein eigener Gerichtshof eingesetzt, um das Verfahren gegen ihn durchzuführen. Es ist daher fraglich, ob Ghazouani sich in Zukunft einer ähnlichen Gefahr durch einen verfassungsmäßigen Rücktritt nach zwei Amtszeiten aussetzen wird.

Die Ereignisse in Côte d'Ivoire und Guinea haben bereits gezeigt, dass die schwindende Akzeptanz demokratischer Institutionen von einer Verschlechterung der politischen Rechte in der Region begleitet wurde. Diese lassen sich vor allem in den Bereichen der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, der Presse- und Meinungsfreiheit sowie der Bürgerrechte beobachten. Zur Prävention von COVID-19-Infektionen wurden auch in West- und Zentralafrika temporäre Beschränkungen der Versammlungs-

freiheit erlassen. Die Verschlechterung der BTI-Werte in dem Bereich gehen aber zum größten Teil auf Entwicklungen zurück, die bereits vor der Pandemie begonnen hatten. Im Tschad war zum Beispiel schon seit längerem ein Trend zur systematischen Verhinderung oppositioneller Versammlungen zu beobachten. In Mali fanden trotz der Pandemie zwischen April und August 2020 Proteste gegen die Regierung statt, auf die Sicherheitskräfte harsch reagierten. Im Juli 2020 schossen sie auf Demonstrant:innen, töteten dabei 14 Menschen und verletzten etwa 100 weitere. Gleichzeitig kam die Pandemie den Regierungen in Côte d'Ivoire und Guinea als Vorwand gelegen, um die Demonstrationen gegen die dritte Amtszeit einzuschränken.

Die Bandbreite im Bereich der Presse- und Meinungsfreiheit ist in der Region West- und Zentralafrika sehr groß. Sie reicht von einer weitgehend unabhängigen Medienlandschaft in Ghana, wo Meinungen frei geäußert werden können, zu starken Einschränkungen der Meinungsfreiheit in Tschad. Dort wurden Reporter:innen regelmäßig festgenommen, im Juli 2020 wurde ein Gesetz erlassen, das die Einstellungskriterien für Journalist:innen reguliert und das Internet wurde im Jahr 2020 häufiger abgeschaltet. Weitere Verschlechterungen der Presse- und Meinungsfreiheit sind zum Teil auf Entwicklungen zurückzuführen, die bereits vor COVID-19 begannen. Zum Teil hat die Pandemie jedoch auch zu einer Verstärkung derselben geführt. So hatten in Niger unter dem ehemaligen Präsidenten Issoufou schon länger Beschränkungen der Meinungsfreiheit zugenommen und in Guinea-Bissau mehrten sich seit der Machtübernahme des neuen Präsidenten Sissoco Embaló im Februar 2020 die Übergriffe auf Journalist:innen. In Burkina Faso wird die Meinungsfreiheit durch ein Gesetz von 2019 beschränkt, das die Demoralisierung der staatlichen Sicherheitskräfte unter Strafe stellt. Der Einfluss der Pandemie ist jedoch auch sichtbar. So wurden in Nigeria seit Anfang 2019 häufiger Individuen und Organisationen, die sich regierungskritisch äußern, unter Druck gesetzt. Seit Beginn der Pandemie haben solche repressiven Maßnahmen jedoch weiter zugenommen und gleichzeitig war es für unabhängige Medien schwierig, verlässliche Informationen über den Verlauf der Pandemie in Nigeria zu erhalten. In Guinea hatten im Rahmen der Proteste gegen Condés dritte Amtszeit auch die Repressionen gegen freie Medien zugenommen und während der Präsidentschaftswahl im Oktober 2020 wurde das Internet abgeschaltet. Zusätzlich wurde die Pandemie als Vorwand genutzt, um im März 2020 – kurz vor dem Verfassungsreferendum – mehrere Journalisten in Hausarrest zu nehmen.

Wirtschaftliche Transformation

Der Stand der wirtschaftlichen Transformation in West- und Zentralafrika ist im Vergleich zu den anderen sechs BTI-Regionen noch immer am niedrigsten. In 17 von 22 Ländern ist der Entwicklungsstand der wirtschaftlichen Transformation laut BTI-Daten stark eingeschränkt oder rudimentär. Wirtschaftlich ist die Region von den Folgen der COVID-19-Pandemie hart getroffen worden und die sozialen Folgen für die Bevölkerung konnten kaum abgedeckt werden.

Die Länder in West- und Zentralafrika stehen vor hohen sozioökonomischen Hindernissen. Im Jahr 2019 waren sechs der zehn letzten Plätze des Index für menschliche Entwicklung der Vereinten Nationen von Ländern in West- und Zentralafrika belegt. Niger, die Zentralafrikanische Republik und Tschad bildeten die Schlusslichter des Index. In Sierra Leone, das ebenfalls zu den zehn am niedrigsten eingestuft Ländern gehört, lebten 2018 drei Viertel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze von 3,20 US-Dollar. In Gabun, einem der Länder mit dem höchsten sozioökonomischen Entwicklungsgrad in der Region, waren es 2017 11%. Umfragen zufolge bezeichnet sich aber etwa die Hälfte der gabunischen Bevölkerung als arm, was auf eine große Unzufriedenheit mit den Lebensbedingungen hindeutet. Gemeinsam haben die Länder in der Region, dass Armut sich stärker in ländlichen Gebieten zeigt, wo ein Großteil der Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeitet.

Tab. 2: Entwicklungsstand der wirtschaftlichen Transformation

weit fortgeschritten	fortgeschritten	eingeschränkt	stark eingeschränkt	rudimentär
Werte 10 bis 8	Werte < 8 bis 7	Werte < 7 bis 5	Werte < 5 bis 3	Werte < 3
		Ghana	Gambia	Zentralafrikanische Rep. ▼
		Benin	Togo	Kongo, DR
		Senegal	Kamerun	
		Côte d'Ivoire	Burkina Faso	
		Gabun	Guinea	
			Mali	
			Guinea-Bissau	
			Mauretanien	
			Sierra Leone	
			Liberia	
			Niger	
			Nigeria	
			Kongo, Rep.	
			Äquatorialguinea	
			Tschad	

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2022. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung des wirtschaftlichen Transformationsstands angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2020.

Nach Jahren des wirtschaftlichen Wachstums ist die wirtschaftliche Leistung der Länder in West- und Zentralafrika 2020 stark eingebrochen. Dies liegt insbesondere an den verschiedenen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie. Allerdings haben diese Auswirkungen nicht alle Länder in der Region gleich stark getroffen. Obwohl alle Staaten frühzeitig Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19 getroffen haben, wie zum Beispiel das Schließen der Grenzen und Ausgangssperren, bedeutete das nicht für alle Länder ein Abrutschen in die Rezession. Die gesamte Region verzeichnete 2020 einen Rückgang ihres realen wirtschaftlichen Wachstums, aber nur in zehn Ländern schrumpfte laut Zahlen der Weltbank die Wirtschaft tatsächlich und dies ebenfalls in unterschiedlich starkem Maße. In zwei Ländern (Zentralafrikanische Republik und Gambia) stagnierte das BIP. Wie stark die Wirtschaft getroffen wurde, hing im Wesentlichen von zwei Faktoren ab: der Struktur der Volkswirtschaft und der wirtschaftlichen Entwicklung in den vorangegangenen Jahren.

Die Wirtschaftsleistung in erdölexportierenden Ländern ging 2020 aufgrund der niedrigen Ölpreise auf dem Weltmarkt in Folge der Pandemie besonders stark zurück. So schrumpfte in der Republik Kongo das Bruttoinlandsprodukt um -7,9% und in Äquatorialguinea um -4,9%. Äquatorialguineas Wirtschaft mit ihrer starken Ausrichtung auf den Öllexport hatte jedoch schon länger an dem Trend zu niedrigeren Ölpreisen gelitten. Im Jahr 2020 schrumpfte die Wirtschaft des Landes das achte Jahr in Folge. In den 2000er Jahren hatte der Öllexport noch etwa 80% des BIP ausgemacht. Mittlerweile liegt der Anteil bei 40%.

Diverser aufgestellte Volkswirtschaften haben auch unter den Folgen der Pandemie gelitten, aber die Auswirkungen waren weniger stark, wie am Beispiel Ghana zu sehen ist. Der Export von Rohstoffen ist ein wichtiges Standbein der ghanaischen Wirtschaft und Erdöl ist mittlerweile Ghanas zweitwichtigstes Exportgut. Ghanas andere Exportschlager sind aber weiterhin Kakaobohnen und Gold, deren Weltmarktpreise 2020 nicht fielen. Ghanas Wirtschaftswachstum verlangsamte sich zwar von 6,5% (2019) auf 0,4% (2020), kam aber nicht zum Erliegen. Ein ähnliches Bild lässt sich für Côte d'Ivoire zeichnen, dessen Wirtschaft seit 2012 jährlich um durchschnittlich 8% gewachsen ist und das damit zu den stabilsten Volkswirtschaften in der Region zählte. Hier fiel das Wachstum 2020 auf 1,8%, blieb aber ebenfalls positiv.

Die sozialen Folgen der COVID-19-Pandemie konnten kaum von den rudimentären sozialen Sicherungssystemen in der Region abgefedert werden. Zugang zu Kranken- und Rentenversicherungen haben in der Regel nur Menschen, die in formalen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Über die vergleichsweise beste Absicherung verfügen Mitarbeiter:innen des öffentlichen Diensts. Der Großteil der Bevölkerung arbeitet jedoch im informellen Sektor. Die genaue Größe des informellen Sektors kann nur geschätzt werden und aktuelle Schätzungen sind nicht für alle Länder in der Region verfügbar. Die Internationale Arbeitsorganisation ILO geht davon aus, dass über 85% der Beschäftigten Subsahara-Afrikas informell beschäftigt sind. Für Senegal schätzt die ILO, dass 95% der senegalesischen Unternehmen im informellen Sektor angesiedelt sind. In Nigeria sollen es 65% sein. Für die anderen Länder in der Region wird geschätzt, dass zwischen 75 und 90% der arbeitenden Bevölkerung im informellen Sektor tätig sind. Einige Länder haben begonnen ihre Sozialversicherungssysteme auch für die Berufstätigen aus dem informellen Sektor zu öffnen. In Kamerun können diese bereits seit 2014 freiwillige Beiträge in die staatliche Sozialversicherungskasse zahlen. Senegal hat 2013 eine universelle Krankenversicherung mit freiwilligen Beiträgen eingeführt, die aber wenig angenommen wird. Es gilt also weiterhin für die große Mehrheit in der Region, dass familiäre, nachbarschaftliche und religiöse Netzwerke sowie Dienstleistungen international finanzierter Nichtregierungsorganisationen eine hohe Bedeutung für die soziale Absicherung haben.

Die Lücken in den bestehenden sozialen Sicherungssystemen deuten bereits auf die begrenzten Möglichkeiten hin die sozialen Folgen der COVID-19-Pandemie aufzufangen. In den im regionalen Vergleich fortgeschritteneren Volkswirtschaften mit besseren sozialen Sicherungssystemen wurden mehr COVID-19 spezifische Maßnahmen eingeführt. Die Regierung von Côte d'Ivoire hat zum Beispiel im März 2020 einen COVID-19-Solidaritätsfonds aufgelegt, der bis August 2020 113 000 bedürftige Personen mit direkten finanziellen Transfers versorgt hat. Ähnliche Solidaritätsfonds wurden auch im Senegal und in der wirtschaftlich schwächeren DR Kongo gegründet, die gezielt um Gelder von im Ausland lebenden Bürger:innen und internationalen Gebern warben. Gambia und Guinea begannen direkte Kooperationen mit UNICEF beziehungsweise dem Welternährungsprogramm, um stark gefährdete Haushalte mit Lebensmitteln zu versorgen. Mehrere Länder erließen oder stundeten ihren Bürger:innen die Wasser- und Elektrizitätsrechnungen im März und April 2020. Zum Teil waren die Versprechen aber größer als die tatsächliche Umsetzung von Hilfsmaßnahmen. In Gabun versprach Präsident Ali Bongo, dass der Staat die Kosten für Wasser, Elektrizität und Transport übernehmen sowie Nahrungsmittel an die Ärmsten verteilen würde. Die Umsetzung dieser Maßnahmen war allerdings nur teilweise effektiv. Ärmere Länder hatten weniger Möglichkeiten, die Folgen der COVID-19-Bekämpfungsmaßnahmen für ihre Bevölkerung abzufedern. Aktuelle Zahlen zur Armutsquote sind noch nicht erhältlich, aber die Pandemie trägt mit hoher Wahrscheinlichkeit zur Erhöhung der sozioökonomischen Barrieren in West- und Zentralafrika bei.

West- und Zentralafrika steht vor großen Umweltproblemen. Obwohl afrikanische Länder kaum zur menschengemachten Klimaerwärmung beigetragen haben, sind deren Folgen in der Region längst spürbar. So haben in vielen Ländern West- und Zentralafrikas die Niederschlagsmengen in den letzten Jahren zugenommen, was wiederholt zu Überflutungen geführt hat. In der Zentralafrikanischen Republik verloren laut Schätzungen der Internationalen Organisation für Migration im November 2019 28 000 Menschen ihr Zuhause und das nationale Katastrophenmanagement in Burkina Faso berichtet, dass im Jahr 2020 106 228 Menschen von Überflutungen und Stürmen betroffen waren. Die westafrikanischen Küsten sind außerdem von Erosionsprozessen bedroht. Laut eines Berichts der Weltbank erodieren 56% der Küsten in Benin, Côte d'Ivoire, Senegal und Togo um durchschnittlich 1,8 m pro Jahr. Zu diesen Bedrohungen durch den Klimawandel kommen Umweltbelastungen durch den Abbau von natürlichen Ressourcen. In Guinea kritisieren zivilgesellschaftliche Organisationen zum Beispiel den hohen Wasserverbrauch, den Ausstoß von Umweltgiften sowie die Zerstörung von Ackerland und Wäldern durch den Abbau von Bauxit und Gold.

Umweltschutz und Klimaanpassungen gehören jedoch in keinem der Länder in West- und Zentralafrika zu den politischen Prioritäten. Obwohl alle in unterschiedlichem Maße über Gesetze und institutionelle Strukturen zum Schutz der Umwelt verfügen, fehlt bei der tatsächlichen Umsetzung der politische Wille. In diesem Bereich hat sich keines der Länder im Untersuchungszeitraum verbessert. Dies liegt zum Teil daran, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen und Programme inhaltlich stark von internationalen Partnern geprägt sind und dadurch mitunter lokales Wissen und Gewohnheiten nicht ausreichend berücksichtigen. Darüber hinaus werden in der Region Probleme wie Armut oder Sicherheit als weitaus dringlicher eingestuft als Umweltschutz. In Konfliktländern wie Mali und Burkina Faso erschwerte zudem die angespannte Sicherheitslage die Umsetzung von Umweltschutzprogrammen.

Governance

Die Governance-Qualität hat sich in West- und Zentralafrika in den Jahren 2019 und 2020 leicht verschlechtert. Laut BTI Governance-Index ist die Qualität in den meisten Ländern der Region mäßig bis schwach. Tatsächlich stehen die Länder unverändert vor großen strukturellen Herausforderungen wie Armut, lückenhafter Infrastruktur oder schwierigen klimatischen Bedingungen. Fortdauernde Konflikte steigern ebenfalls die Anforderungen an gute Regierungsführung. Zugleich lässt sich in der Region beobachten, wie autokratische Tendenzen die Governanceleistung beeinträchtigen. Denn der Fokus auf den Machterhalt absorbiert in den betroffenen Ländern einen Großteil des politischen Gestaltungswillens.

Tab. 3: Qualität der Governance

sehr gut	gut	mäßig	schwach	gescheitert
Werte 10 bis 7	Werte < 7 bis 5,6	Werte < 5,6 bis 4,3	Werte < 4,3 bis 3	Werte < 3
	Senegal	Côte d'Ivoire	Mauretanien	Kongo, Rep.
	Ghana	Burkina Faso	Kamerun	DR Kongo
	Benin	Niger	Nigeria	Tschad
	Gambia	Guinea ▼	Zentralafrikanische Republik	
		Liberia	Äquatorialguinea	
		Togo		
		Sierra Leone		
		Mali		
		Gabun		
		Guinea-Bissau		

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2022. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung im Governance-Index angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2020.

Gewaltsame Konflikte und Anschläge von Terrorgruppen stellen eine große Herausforderung für die Regierungen betroffener Staaten dar. In sieben Ländern (Burkina Faso, DR Kongo, Mali, Niger, Nigeria, Tschad, Zentralafrikanische Republik) bestehen gewaltsame Konflikte fort oder haben sich in den Jahren 2019 und 2020 verschlechtert. Lediglich in Kamerun hat sich der bestehende gewaltsame Konflikt leicht abgekühlt und forderte weniger Opfer. Nigeria gehört zu den Ländern, in denen gewaltsame Konflikte in mehreren Landesteilen fortbestehen. Im Nordosten des Landes üben islamistische Rebellen Gruppen weiterhin Terror aus, im Zentrum des Landes nehmen Gewalt sowie organisierte Kriminalität zu und im Südosten erhalten nationalistische Bewegungen neuen Zulauf. Hinzu kommen die bereits erwähnten aufgeheizten politischen Konflikte um die Wahlen und brutale Sicherheitskräfte. In der Demokratischen Republik Kongo agieren in den östlichen Provinzen Ituri, Nord- und Süd-Kivu weiterhin bewaffnete Rebellen Gruppen, die sich am illegalen Abbau von Rohstoffen bereichern. Weiter verschlechtert hat sich die Sicherheitslage in der Zentralafrikanischen Republik. Die Versuche von Präsident Faustin-Archange Touadéra nach den Friedensabkommen von Khartoum und Addis Abeba im Jahr 2019 Rebellen Gruppen in die Regierung zu integrieren, scheiterten Ende 2020. Im Januar 2021

gelang es der neuen Allianz von Rebellengruppen, der Koalition von Patrioten für den Wandel (CPC), zwar nicht die Hauptstadt Bangui einzunehmen, aber Ende desselbigen Monats kontrollierten sie dennoch 80% des Landes.

In der Sahel-Region hat sich die Sicherheitslage ebenfalls weiter verschlechtert. In Mali eskalierte der bestehende Konflikt mit islamistischen Gruppen erneut. Zudem haben sich die gewaltsamen Konflikte in den letzten Jahren vom Norden in die Mitte des Landes ausgedehnt. Dabei haben lokale Konflikte zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen ebenfalls stark zugenommen und diese verquicken sich mit dem Konflikt zwischen dem malischen Staat und islamistischen Gruppen. Im Jahr 2020 haben terroristische Anschläge sowie Zusammenstöße zwischen bewaffneten Gruppen die höchste Zahl von Toten seit Beginn des Konflikts im Jahr 2011 gefordert – laut der Konfliktdatenbank ACLED waren es 2 845. Die Konflikte in Mali strahlen auf die Nachbarländer aus. Insbesondere in Burkina Faso haben terroristische Anschläge durch islamistische Gruppen aber auch lokale ethnische Konflikte zugenommen. Niger ist eingekesselt zwischen drei konfliktreichen Ländern – Libyen, Mali und Nigeria – deren Konflikte jeweils auf das nigrische Territorium übergreifen. Obwohl die nigrische Regierung verhindern konnte, dass die diversen islamistischen Gruppen dauerhafte Basen im Land aufbauen und sie die bewaffneten Konflikte im Vergleich zu den Nachbarländern wesentlich besser eindämmen konnte, hat sich die Zahl der Konfliktopfer laut ACLED zwischen 2018 und 2020 von 506 auf 1 114 mehr als verdoppelt.

Den eskalierenden Konflikten stehen jedoch keine gesteigerten Fähigkeiten und teilweise auch kein gesteigerter Wille zum Konfliktmanagement der Regierungen gegenüber. In insgesamt sieben Ländern (Benin, Gabun, Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Mali, Zentralafrikanische Republik) hat sich das Konfliktmanagement sogar verschlechtert. Benin und Guinea sind Beispiele für Regierungen, die bei der Verfolgung ihrer politischen Ziele zu einer Verschlechterung des gesellschaftlichen Klimas beigetragen haben. In Benin hatte unter dem ehemaligen Präsidenten Boni Yayi (2006-2016) bereits eine Polarisierung der Politik, teilweise mit Rückgriff auf ethnoregionale Identitäten, begonnen. Unter dem nachfolgenden Präsidenten Talon nahmen diese Spannungen zunächst ab. Für Reformen des Wahlgesetzes und der Verfassung riskierte Talon aber, dass sich die Konflikte mit der Opposition hochschaukelten. Sowohl vor den Parlamentswahlen 2019 als auch vor den Präsidentschaftswahlen 2021 kam es zu Gewaltausbrüchen, bei denen es auch Tote gab. Für Benin war dies ein außergewöhnliches Ausmaß an Gewalt in Verbindung mit Wahlen. In noch stärkerem Maße nahm der guineische Präsident Condé die Zunahme von Gewalt und gesellschaftlicher Polarisierung für die Verfolgung seiner dritten Amtszeit in Kauf. Während den Demonstrationen gegen das Verfassungsreferendum und seine erneute Kandidatur gingen Sicherheitskräfte wiederholt gewaltsam gegen Demonstranten vor. Nach den Wahlen im Oktober 2020 ließ die Regierung 300 Menschen, darunter 11 Kinder, verhaften.

Rückschläge der Governanceleistung in West- und Zentralafrika zeigen sich vor allem bei der Implementierung von Reformen und der Lernfähigkeit des Regierungsapparats. In insgesamt neun Ländern (Äquatorialguinea, Gabun, Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Mali, Niger, Senegal, Sierra Leone) ist die Implementierung von Reformen in den Jahren 2019 und 2020 ins Stocken gekommen. Die häufigsten Hindernisse sind dabei ein fehlender politischer Wille, einseitige Konzentration auf den politischen Machterhalt und Korruption.

Das Beispiel Gambia zeigt, wie politische Machtspiele zum Stillstand demokratischer Reformen führen können. Nachdem Adama Barrow 2016/2017 den autoritären Herrscher Yahya Jammeh nach 22 Jahren an der Macht ablöste, versprachen er und seine Vereinigte Demokratische Partei (UDP) weitgehende demokratische Reformen, unter anderem eine neue Verfassung. Eine Kommission hatte in zahlreichen Konsultationen mit der Bevölkerung einen neuen Verfassungsentwurf erarbeitet, der unter anderem das Parlament gegenüber der Exekutive gestärkt und eine präsidentielle Amtszeitbeschränkung eingeführt hätte. Er wurde aber überraschenderweise im Parlament von Unterstützern des Präsidenten Barrow zu Fall gebracht. Seither liegt die Verfassungsreform auf Eis.

In Guinea hat das Streben des Präsidenten Condé nach einer dritten Amtszeit alles weitere überstrahlt und andere Reformen zum Erliegen gebracht. In Niger erschwert eine Mischung aus fehlendem politischem Willen und Korruption die Implementierung von Reformen. Während die Regierung Beziehungen zu internationalen Partnern gut pflegt und die strategische Bedeutung des Landes für Migrationsbewegungen nach Europa und Sicherheit im Sahel geschickt für die Anwerbung internationaler Gelder zu nutzen weiß, bleibt für Beobachter unklar, inwieweit diese Gelder tatsächlich in Projekte umgesetzt werden. So haben investigative Journalist:innen 2020 aufgedeckt, dass fast 40% eines Budgets für Militärausrüstung in Höhe von 312 Millionen US-Dollar versickert sind.

Korruption ist in West- und Zentralafrika weit verbreitet und in den Jahren 2019 und 2020 wurden so gut wie keine Fortschritte bei der institutionellen Bekämpfung derselben erzielt. Lediglich in Sierra Leone hat eine von Präsident Julius Maada Bio eingesetzte Sonderkommission im März 2020 ihren Bericht veröffentlicht und die Veruntreuung hunderter Millionen von US-Dollar aufgedeckt. Allerdings konzentrierte sich die Kommission auf die politischen Gegner aus der Vorgängerregierung. Darüber hinaus wurde die staatliche Anti-Korruptionskommission gestärkt und diese hat ihre Arbeiten intensiviert. In den anderen Ländern sind die Bemühungen zur Korruptionsbekämpfung entweder stagniert oder haben sich verschlechtert. Dies lässt sich damit erklären, dass Korruption und Klientelismus weiterhin beliebte Mittel zur Machtabsicherung sind. So hat Liberias Präsident George Weah seine ersten Jahre im Amt dazu genutzt, seine Vertrauten mit Regierungsposten und anderen Zugängen zu staatlichem Geld zu versorgen. Dabei wurden auch die vorhandenen Institutionen zur Korruptionsbekämpfung systematisch geschwächt. In Gabun wurden zwar wiederholt Korruptionsskandale aufgedeckt, zuletzt kulminierte die „Operation Skorpion“ im Dezember 2019 in der Festnahme des damaligen Stabschefs im Präsidentenamt Brice Laccruche Alihanga. Allerdings sind dies eher Manöver, um von der Veruntreuung staatlicher Gelder durch die Bongo-Familie abzulenken und die Macht der Familie zu sichern. Transparenz-Vorgaben zum Zweck der Korruptionsbekämpfung wie im Gesetz zum öffentlichen Beschaffungswesen existieren hingegen nur auf dem Papier. Aufgrund der geringen Fortschritte bei der institutionellen Bekämpfung der Korruption wird diese in Zukunft weiterhin ein Hindernis für sozioökonomische Entwicklung sein.

Ausblick

Die Entwicklungen in der Region West- und Zentralafrika waren in den Jahren 2019 und 2020 von Autokratisierungstendenzen und wirtschaftlichen Herausforderungen durch die COVID-19-Pandemie bei gleichzeitig sinkender Governance-Qualität gekennzeichnet. Es ist wahrscheinlich, dass sich diese Trends in den kommenden Jahren fortsetzen, insbesondere da in der Region Autokratisierungsprozesse auch mit einer Verschlechterung der Governancелеistung einhergehen. Die Entwicklung der Region wird aber maßgeblich davon abhängen, wie die jeweiligen Regierungen mit drei zentralen Herausforderungen umgehen werden.

Die erste Herausforderung besteht in dem Graben zwischen der jungen Generation und den alternden politischen Eliten. Der Großteil der Bevölkerung West- und Zentralafrikas ist jung. Das Medianalter der Bevölkerung betrug laut den Vereinten Nationen 2020 18,8 Jahre. Die politische Elite ist hingegen mit einem Durchschnittsalter der Präsidenten von 66 Jahren weitaus älter. Ihr hohes Alter von 82 beziehungsweise 78 Jahren hinderte aber weder Condé noch Ouattara daran, an ihrem Amt festzuhalten. Die junge Generation ist also weder politisch integriert noch sind ihre wirtschaftlichen Zukunftsaussichten gut. Die Jugendarbeitslosigkeit betrug 2019 zum Beispiel 35,5% in Gabun, 17,7% in Nigeria und 21% in Mauretanien. In strukturschwachen Gebieten wie der Sahelzone oder in Volkswirtschaften, die einseitig auf den Export von Öl ausgelegt sind, stellt die Schaffung von genügend Arbeitsplätzen eine sehr große und langwierige Herausforderung dar. Die Frustration der jungen Bevölkerung nimmt zu, wie es sich beispielsweise an den Protesten in Nigeria gegen die Brutalität von Sicherheitskräften oder in Guinea gegen Condés dritte Amtszeit gezeigt hat. Ihre Geduld mit alternden Machthabern, die die

vorhandenen Mittel eher für den eigenen Machterhalt als für die Entwicklung der Länder einsetzen, scheint zunehmend zu schwinden. Die Zukunft der jetzigen politischen Eliten wird also auch davon abhängen, wie sehr es ihnen gelingt, einen Generationenwechsel in der Politik zu moderieren, um der jungen Generation politische Gestaltungsmacht einzuräumen. Falls dies nicht gelingt, können politische Instabilitäten zunehmen, die aber zugleich die Chance tiefergehender Demokratisierungsprozesse bergen.

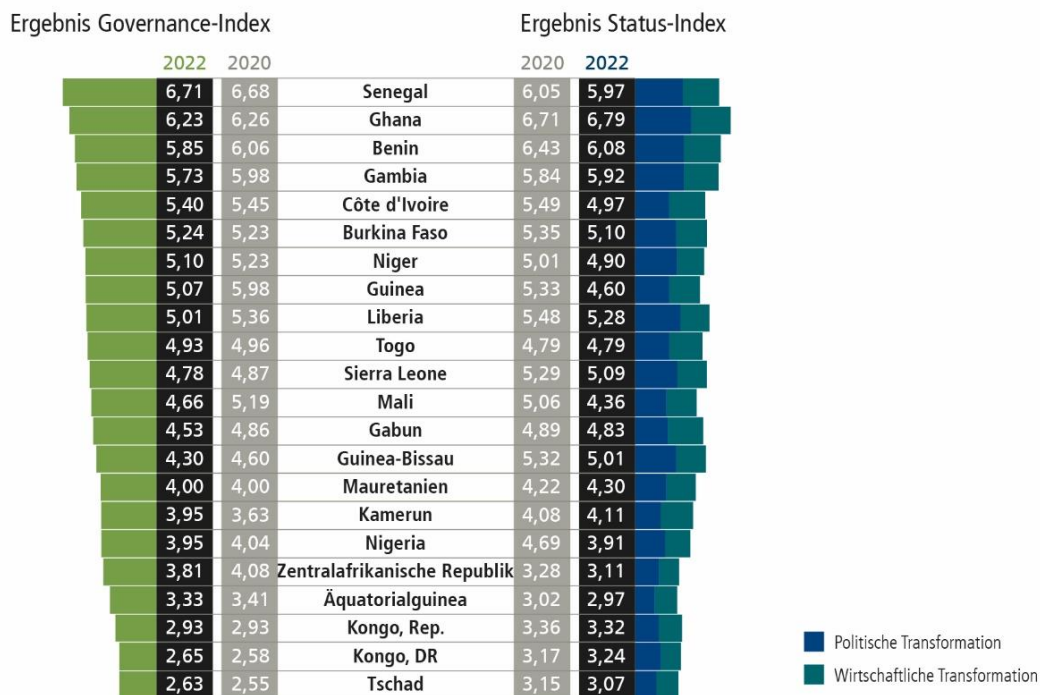
Die zweite Herausforderung ist die Eindämmung der Gewalt und des Terrors in der Sahel-Region und das Anstoßen eines nachhaltigen Friedensprozesses in Mali und seinen Nachbarländern. Durch die Ankündigung Frankreichs die Operation Barkhane zu beenden und sein militärisches Engagement in der Sahelzone zurückzufahren, wird es zu einer Rekonfiguration des internationalen und regionalen Engagements kommen. Darin liegt auf der einen Seite eine Chance, weil die bisherigen Interventionen zu keiner nachhaltigen Lösung der Probleme beitragen konnten und insbesondere das französische Engagement von der Bevölkerung in der Region sehr kritisch gesehen wird. Auf der anderen Seite ist klar, dass die Armeen Malis, Nigers und Burkina Fasos nicht alleine in der Lage sind, die Bedrohung durch Terroristen einzudämmen. Um dem Frieden ein Stück näher zu kommen, wird es zudem notwendig sein, mit verschiedenen Gruppen Verhandlungen zu führen. Die malische Regierung hat in der Vergangenheit Vorstöße gemacht, mit islamistischen Akteuren zu verhandeln und wird bei internationalen Akteuren weiterhin um Unterstützung für dieses Vorgehen werben müssen. Darüber hinaus ist es aber wichtig, dass in Mali und in den Nachbarstaaten auf lokaler Ebene Friedensgespräche geführt werden, um die in den letzten Jahren aufgeflammt lokalen Konflikte zu befrieden. Dies wird wiederum davon abhängen, ob es in Mali in naher Zukunft eine Rückkehr zu einer demokratischen Ordnung geben wird. Seit dem erneuten Putsch im Mai 2021 und der Ernennung des Putsch-Führers Assimi Goïta zum Übergangspräsidenten haben sich die Zweifel daran verstärkt. Die Regionalorganisation ECOWAS wird versuchen müssen, weiterhin Druck auf Goïta und die Übergangsregierung auszuüben, allerdings hat sich ihr tatsächlicher Einfluss auf die Krise in Mali und ihre Akzeptanz bei malischen Akteuren in der Vergangenheit als begrenzt erwiesen.

Die dritte Herausforderung ist der Umgang mit den direkten und indirekten Folgen der COVID-19-Pandemie. Im ersten Jahr der Pandemie ist West- und Zentralafrika von starken COVID-19-Ausbrüchen verschont geblieben und im Juli 2021 ist es weiterhin die Region, die auf dem Kontinent am wenigsten betroffen ist. Das heißt allerdings nicht, dass dies in Zukunft so bleiben wird, denn die Pandemie wird mit großer Wahrscheinlichkeit am längsten auf dem afrikanischen Kontinent andauern, da hier die Versorgung mit Impfstoffen besonders gering ist. Die Delta-Variante des Virus hat im Juni 2021 bereits zu einer dritten Infektionswelle in der DR Kongo geführt. Im Juli 2021 steigerten sich auch die Infektionszahlen in Ghana und Senegal zu einer dritten Welle.

Die direkten Folgen der Pandemie könnten breit angelegte Impfkampagnen abfedern. Diese stehen aber in der Region vor drei Aufgaben: die Versorgung mit Impfstoffen zu sichern, die Verteilung der Impfstoffe zu organisieren und das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen. Bestehende globale Ungerechtigkeiten werden auch an der Verteilung der Impfstoffe sichtbar. Laut Zahlen des UN-Entwicklungsprogramms war im August 2021 in Ländern mit hohem Einkommen etwa die Hälfte der Bevölkerung geimpft, in Ländern mit niedrigem Einkommen waren es hingegen lediglich 1,36%. Afrikanische Länder haben es aufgrund geringer finanzieller Ressourcen schwer auf dem freien Markt Kontingente der knappen Impfdosen zu kaufen. Die internationale Impfinitiative COVAX, die eine gerechte globale Verteilung der Impfdosen sichern sollte, liegt bisher mit ihren Lieferungen weit hinter ihren Zusagen zurück. In West- und Zentralafrika war Äquatorialguinea Anfang Juli 2021 mit einem vollständig geimpften Bevölkerungsanteil von 8,3% der regionale Impfvorreiter. Das Land setzt allerdings vollständig auf Impfungen mit dem chinesischen Impfstoff Sinopharm. In den meisten anderen Ländern in der Region sind weniger als 1% der Bevölkerung vollständig geimpft. Neben dem Zugang zu Impfstofflieferungen, stellt die tatsächliche Verimpfung eine administrative Herausforderung dar. Im Tschad sind bisher nur etwa 10% des gelieferten Impfstoffs verimpft. Auch in Senegal oder Guinea war im Juli 2021 noch etwa

die Hälfte des Impfstoffs ungenutzt. Es gibt aber auch gegenteilige Beispiele wie Ghana, Nigeria und Côte d'Ivoire, die einen Großteil der Lieferungen verbrauchen. Eine weitere Aufgabe der regionalen Impfkampagnen wird die Überzeugung der Bevölkerung sein. Ähnlich wie in westlichen Ländern hat die Pandemie auch in West- und Zentralafrika zu einer Hochkonjunktur von Verschwörungstheorien und Falschmeldungen geführt, die die Impfbereitschaft deutlich einschränken dürften. Die Regierungen werden also in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen und religiösen Organisationen das Vertrauen der Menschen in die Sinnhaftigkeit der Impfung steigern müssen.

Das wahrscheinlich längere Andauern der Pandemie in der Region kann noch weitreichendere Folgen für die lokale Wirtschaft haben und zu erneut wachsender Armut führen, da die Beschäftigten des informellen Sektors den Folgen weitgehend schutzlos ausgeliefert sind. Die strukturellen Herausforderungen an die Governanceleistung werden in den nächsten Jahren als Folge der Pandemie wahrscheinlich zunehmen. Zugleich könnten internationale Hilfsgelder und ausländische Direktinvestitionen in den nächsten Jahren sinken, weil die OECD-Länder die hohen Ausgaben in den eigenen Ländern während der Pandemie kompensieren müssen. Die Region hätte dann also weniger Mittel zur Verfügung, um an größeren strukturellen Problemen zu arbeiten. Falls die Volkswirtschaften im globalen Norden aufgrund der Pandemie in eine länger anhaltende Wirtschaftskrise steuern sollten, könnte dies zusätzlich stärkere Auswirkungen auf die Höhe der Überweisungen der dort lebenden Migranten haben. Somit würden auch die informellen Wege der sozialen Sicherung erschwert werden.



Über den BTI

Governance im internationalen Vergleich

Seit 2004 analysiert und bewertet der Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI) regelmäßig die Qualität von Demokratie, Marktwirtschaft und Regierungsführung in 137 Entwicklungs- und Transformationsländern. Grundlage für die Bewertung sind über 5.000 Seiten an detaillierten Länderberichten, die in Zusammenarbeit mit über 280 Experten führender Universitäten und Think Tanks in über 120 Ländern erstellt werden.

Der aktuelle Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom 1. Februar 2019 bis zum 31. Januar 2021.

Der BTI ist der einzige international vergleichende Index, der die Qualität von Regierungshandeln mit selbst erhobenen Daten misst und eine umfassende Analyse von politischen Gestaltungsleistungen in Transformationsprozessen bietet.

Transformation Index BTI 2022

ISBN
978-3-86793-938-6
AUFLAGE
1. Auflage
UMFANG/FORMAT
80 Seiten, Broschur

PREIS **18,00 €**
ZZGL. VERSANDKOSTEN



Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Sabine Donner
Senior Expert
Telefon +5241 8181501
sabine.donner@bertelsmann-stiftung.de

Claudia Härterich
Project Manager
Telefon +5241 8181263
claudia.haerterich@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Hauke Hartmann
Senior Expert
Telefon +5241 8181389
hauke.hartmann@bertelsmann-stiftung.de

www.bti-project.org